

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 1 / 2014

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

CDU-Landtagsfraktion besuchte auf ihrer Pflgetour Pflegeeinrichtungen in Jüterbog, Trebbin und Ludwigsfelde

Auch der Landkreis Teltow-Fläming steht bei der Pflege, dem Megathema der Zukunft vor großen Herausforderungen. Der Anteil der Pflegebedürftigen wird in den nächsten 10 Jahren enorm ansteigen. Damit ist klar: Pflege geht uns alle an, sie betrifft jede Familie.

Um sich vor Ort einen Überblick über die aktuelle Pflegesituation im Landkreis Teltow-Fläming zu verschaffen, besuchten am Freitag die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg mit ihrem Vorsitzenden, Prof.Dr. Michael Scheirack MdL, der selbst als Arzt in Cottbus praktiziert, verschiedene Pflegeeinrichtungen im Landkreis Teltow-Fläming. Auf dem Programm standen Gespräche im Johanniter-Seniorenzentrum in Jüterbog, im AWO Seniorenzentrum Trebbin und die ASB Pflegeeinrichtung für Demenzkranke in Ludwigsfelde. Begleitet wurden die Landtagsabgeordneten dabei von Kommunalpolitikern, wie z.B. dem Bürgermeister von Trebbin, Thomas Berger, der CDU-Kreistagsabgeordneten Gertrud Klatt und der JU-Kreisvorsitzenden, Jenny Günther.

Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum lobte alle drei Einrichtungen als gelungene Beispiele für seniorengerechtes innerörtliches Wohnen. „Es ist wichtig, dass ältere Menschen in ihren Wohngemeinden auf innerörtliche Pflegeeinrichtungen zurückgreifen und so in ihrem angestammten sozialen Umfeld bleiben können. Schon jetzt besteht ein enormer Nachfragebedarf nach ambulanten und stationären Pflegeleistungen. Die Landesregierung, aber auch die Kommunen müssen sich rechtzeitig auf diese Entwicklung einstellen. So fehlen beispielsweise im Landkreis Teltow-Fläming genügend altersgerechte Wohnungen für Senioren. Das muss sich in den nächsten Jahren dringend ändern“, so Eichelbaum.

Angesprochen wurde auch der Fachkräftemangel in der Pflege. So wünscht sich die Leiterin der ASB-Pflegeeinrichtung für Demenzkranke in Ludwigsfelde, Daniela Seidlitz beispielsweise eine bessere finanzielle Förderung der Einrichtungen bei der Ausbildung von Pflegefachkräften. Während in Berlin das Land im Rahmen der dualen Ausbildung einen Teil der Ausbildungskosten übernimmt, müssen die Pflegeeinrichtungen in Brandenburg selbst die Ausbildungskosten übernehmen.

Die Ausbildungsfrage wird nach Ansicht der Christdemokraten eine Schlüsselfrage sein. Die CDU-Landtagsfraktion hat hierzu im Landtag eine Ausbildungsumlage vorgeschlagen. Damit sollen die Unternehmen unterstützt werden, die in die Ausbildung von Pflegefachkräften investieren. Wir müssen mehr in die Ausbildung von Pflegefachkräften investieren. Dazu brauchen wir auch faire Löhne und eine bessere gesellschaftliche Anerkennung der Pflegeberufe. Außerdem ist es dringend geboten, mit der Einrichtung einer sogenannten "Pflegekammer" allen in der Pflege tätigen Personen eine starke Stimme zu geben“, so die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Roswitha Schier.

Der Leiter des Johanniter Pflegezentrums in Jüterbog, Andreas Bellmann und die Leiterin des AWO Seniorenzentrums "Wiesengrund" in Trebbin, Heike Schröder, informierten die Abgeordneten darüber, dass auch ehrenamtliche Mitarbeiter in ihren Einrichtungen tätig sind und damit ganz wesentlich zu einer Entlastung des Pflegepersonals beitragen. Beide waren sich einig, dass es umfassende Reformen im Pflegebereich geben muss. " Wir haben einfach zu wenig Zeit"-das ist die häufigste Klage derjenigen, die jeden Tag in der Pflege tätig sind. Die Heimbewohner sollen sich aber in unseren Einrichtungen wohl fühlen.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Michael Schierack MdL, nahm diese Hinweise dankend auf. "Wir wissen um die Problemfelder bei der Pflege. Deshalb hat sich die Bundesregierung für diese Legislaturperiode die umfassendste Reform der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1995 vorgenommen. So soll u.a. ein Pflegevorsorgefond eingeführt werden, in den jährlich 1 Mrd Euro eingezahlt wird. Gleichzeitig gelte es Leistungsverbesserungen umzusetzen, die schnell bei denen ankommen, die sie unbedingt brauchen: den Pflegerinnen und Pflegern, den zu Pflegenden sowie deren Angehörigen. Auf gute Pflege kommt es an und nicht auf eine überbordende Bürokratie, die das Pflegepersonal unnötig belastet und auf Kosten der eigentlichen Pflege geht.", so Michael Schierack.

In einem Pflegekongress im Juni wollen die Christdemokraten die gewonnenen Erfahrungen und Informationen aus den Besuchen der Pflegeeinrichtungen auswerten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.03.2014



Besuch von
Pflegeeinrichtungen in
Jüterbog, Trebbin und
Ludwigsfelde im Rahmen der
CDU-Pflegetur am 21.03.2014



Gespräche der Landesregierung mit der Leitung des Daimler-Werkes in Ludwigsfelde müssen zu konkreten Ergebnissen führen

Zum heutigen Besuch von Brandenburgs Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers im Daimler-Werk in Ludwigsfelde erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

"Ich erwarte, dass der heutige Besuch des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers bei Daimler in Ludwigsfelde auch zu positiven Ergebnissen führt. Die Lage bei Daimler in Ludwigsfelde ist nicht befriedigend und darf nicht länger beschönigt werden. Innerhalb von nur 4 Jahren hat der Stuttgarter Autokonzern die Anzahl der Beschäftigten in Ludwigsfelde um 30 % reduziert. Erst im September letzten Jahres fielen 200 Stellen im Daimler-Werk in Ludwigsfelde durch die Einstellung der Vario-Produktion weg. Jetzt soll nach Medienberichten auch noch ab dem Jahr 2016 die Produktion des VW-Crafters, den VW im Daimler-Werk in Ludwigsfelde baut, nach Polen verlagert werden.

Es droht ein weiterer Arbeitsplatzabbau. Die Informationspolitik der Autokonzerne VW und Daimler gegenüber ihren Beschäftigten und gegenüber den Verantwortlichen in unserer Region ist absolut unbefriedigend. Beide Autokonzerne müssen endlich die Spekulationen beenden und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Daimler-Werk in Ludwigsfelde reinen Wein einschenken. Die Beschäftigten haben einen Anspruch auf konkrete Informationen über die Zukunftsperspektive ihres Werkes. Auch die Brandenburger Landesregierung ist gefragt. Schließlich hat der Stuttgarter Autokonzern seit 1991 über 134 Mio. Euro an Fördermitteln für das Werk in Ludwigsfelde erhalten. Der Landkreis Teltow-Fläming und die Stadt Ludwigsfelde müssen in ihrem Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen von der Landesregierung offensiv unterstützt werden. Der politische Druck gegenüber der rot-grünen Landesregierung von Niedersachsen muss erhöht werden, schließlich ist diese mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) und dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) prominent im VW-Aufsichtsrat vertreten.

Quelle: Pressemitteilung, 13.02.2014



Neueröffnung Projekt
Gesundheit Vital-und
Relaxlounge in Ludwigsfelde
am 31.01.2014

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Politiker lernt Melken

Welchen Herausforderungen sich Mitarbeiter in der Landwirtschaft stellen müssen, hat der CDU-Politiker Danny Eichelbaum gestern selbst erfahren. Bei einem eintägigen "Praktikum" in der Agrargenossenschaft Welsickendorf arbeitete er am Melkkarussell, sortierte Kartoffeln und begleitete den Traktorfahrer beim Kartoffelsetzen.

"Ich habe sehr engagierte und geduldige Mitarbeiter kennengelernt", berichtete er nach Feierabend. Besonders beeindruckt habe ihn die Technik im Kuhstall. "Tierschutz wird dort groß geschrieben", sagte Danny Eichelbaum.

Seit Dezember leitet er den Landwirtschafts- und Umweltausschuss im Kreistag. Sein neues Wissen will er unter anderem dafür nutzen, sich für eine ausreichende Finanzierung der Initiative "Land aktiv" einzusetzen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.03.2014



24.3.2014 Praktikum in der
Agrargenossenschaft Welsickendorf

Danny Eichelbaum: Zweifel an der Polizeilichen Kriminalstatistik im Landkreis Teltow-Fläming umgehend klären

Diese Woche wurde bekannt, dass die Kriminalitätszahlen im Landkreis Teltow-Fläming wahrscheinlich nicht der Realität entsprechen – Straftaten wurden in der Polizeidirektion West auf Anweisung anders statistisch aufgenommen und die aufgeklärten Fälle anders gezählt als im Rest des Landes. Es kommt dadurch zu erheblichen statistischen Verschiebungen, die eine geschönte Sicherheitslage in Teltow-Fläming vermuten lassen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum fordert, dass die Manipulationsvorwürfe bei der polizeilichen Statistik in Teltow-Fläming umgehend aufgeklärt werden.

„Es geht um die Glaubwürdigkeit unserer Polizei, die von den Verantwortlichen leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurde. Manipulationen an den Kriminalitätszahlen und der Aufklärungsquoten per Dienstanweisung wären nicht hinnehmbar. Anscheinend wurde von den eindeutigen bundeseinheitlichen Richtlinien abgewichen und eine verfälschte Sicherheitslage veröffentlicht. So wurden mehrere Einzelfälle zu einem Serienfall zusammengefasst, was dazu führt, dass sich Fallzahlen und Aufklärungsquote verschieben. Die schlechten Zahlen in der Kriminalitätsentwicklung sollten wohl schlichtweg schöngerechnet werden.“

In Potsdam wurde erst vor zwei Wochen die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2013 vorgestellt. Laut Kriminalstatistik hat Brandenburgs Polizei im vergangenen Jahr 197 228 Straftaten erfasst. Die Aufklärungsquote der Fälle soll sich von 53,3 Prozent im Jahr 2012 auf 54,2 Prozent 2013 verbessert haben.

Danny Eichelbaum sagt weiter: „Es wäre fatal, wenn wir den Kriminalitätszahlen zu unserer Sicherheit künftig nicht mehr glauben könnten. Brandenburg ist seit Jahren eines der Bundesländer mit der höchsten Kriminalitätsbelastung und die Entwicklung zeigt, dass die Polizeireform der rot-roten Landesregierung gescheitert ist. Für die Eigentums kriminalität hat die Landesregierung bislang schlicht keine Antworten und Konzepte.“

Quelle: Pressemitteilung, 21.03.2014



Runder Tisch zum Thema: Wärmegenossenschaft in Wahlsdorf mit dem CDU-Europaabgeordneten Dr.Christian Ehler am 04.03.2014

Veranstaltung der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft TF zum Thema: Mindestlohn 8.50 Euro - Chance oder Risiko - mit der stellv. DGB Bundesvorsitzenden Elke Hannack in Luckenwalde am 03.03.2014



Teltow-Fläming kann mehr! - CDU nominiert 51 Kandidaten für den Kreistag und verabschiedete Kommunalwahlprogramm

Getragen vom Schwung der Bundestagswahlen, bei der die CDU auch im Landkreis Teltow-Fläming erstmalig stärkste politische Kraft geworden ist, stellte der CDU-Kreisverband Teltow-Fläming am Samstag in Thyrow nun die personellen und inhaltlichen Weichen für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 im Landkreis Teltow-Fläming.

„51 kompetente Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Gemeinden des Landkreises Teltow-Fläming werben um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler im Landkreis. Die Demokratie lebt vom Mitmachen! Wir setzen auf die Erfahrung, die Kompetenz und das vielfältige gesellschaftliche Engagement unserer Kandidaten. Darunter befinden sich auch alle bisherigen Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion. Zugleich haben wir als Volkspartei der Mitte auch parteilosen Bürgerinnen und Bürgern, die der Union nahe stehen und vor Ort anerkannte und engagierte Persönlichkeiten sind, die Möglichkeit gegeben, auf den Listen der CDU zu kandidieren. Mit dieser starken Mannschaft kämpfen wir für eine starke CDU-Fraktion im Kreistag!“, so der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum.



Gleichzeitig beschlossen die CDU-Mitglieder einstimmig ihr Kreiskommunalwahlprogramm. Unter dem Motto: „Teltow-Fläming kann mehr“ setzen sich die Christdemokraten im Landkreis u.a. für gute und wohnortnahe Bildungseinrichtungen, eine bürgerfreundliche Kreisverwaltung, für kurze und investitionsfreundliche Genehmigungsverfahren, für einen Schuldenabbau und mehr Bürgerbeteiligung ein. Das Kommunalwahlprogramm baut damit auf dem 10 Punkte-



Programm der CDU zur Landratswahl auf. „Der Landkreis steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert, unsere Leuchttürme wackeln, die Bevölkerung wird älter und weniger, die verantwortungslose Schuldenpolitik der letzten Jahre verhindert Zukunftsinvestitionen. Im Vergleich mit anderen Landkreisen fallen wir leider immer weiter ab. Jetzt muss es einen Aufbruch geben. Wir bieten allen demokratischen Kräften im Landkreis die Zusammenarbeit an, um Teltow-

Fläming wieder fit zu machen für die Zukunft. Teltow-Fläming kann mehr!“, so Danny Eichelbaum.

Quelle: Pressemitteilung 22.02.2014

Luckenwalde hat seinen guten Ruf als Sportstadt bestätigt - Die Meisterschaften brachten über 300 Gäste in die Flämingshalle

Luckenwalde. Die Mitteldeutsche Meisterschaft der Ringer fand bei vielen Landesverbänden großen Zuspruch. Da traten neben den in Mitteldeutschland vereinigten Landesverbänden Sportler aus Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Berlin an. Insgesamt waren es etwa 200 Aktive, die auf den drei Matten der Flämingshalle um die Titel kämpften. Den meisten Zuspruch hatten die Freistilkadetten. Hier wollten 70 Athleten auf Treppchen, bei den Frauen waren es dagegen nur 18 Ringerinnen.

Die Wettkämpfe wurden von der Landrätin, Frau Kornelia Wehlan und vom Präsidenten des Ringerverbandes Brandenburg, Herrn Danny Eichelbaum eröffnet. Noch vor dem ersten Wettkampf wurde der Kampfrichter mit internationaler Lizenz, Martin Franke, für seine geleistete Arbeit mit der Ehrennadel des DRB in Bronze geehrt.

Die Bürgermeisterin der Stadt Luckenwalde, Frau Elisabeth Herzog-von der Heide ließ es sich nicht nehmen und stattete den Athleten in der Halle einen Besuch ab.

Aus Luckenwalder Sicht war natürlich das Turnier der Freistilkadetten von enormer Bedeutung. Stützpunkttrainer Heiko Röhl und die Lehrertrainer der Oberschule mit Sportbetonung Olaf Bock und Michael Kleinschmidt wollten sich ein Bild von der



Leistungsfähigkeit ihrer Ringer vor den anstehenden Deutschen Meisterschaften machen. Nun traten noch nicht alle in den angestammten Gewichtsklassen an, tolle Leistungen waren aber schon hier und da zu sehen. So erkämpften die Luckenwalder Ringertalente in den 10 Gewichtsklassen sieben Siege und fünf weitere Medaillen.

Die Anwendung der neuen Wettkampffregeln brachte viel Stimmung in die Halle. Ob klassisch oder Freistil, auf den Matten gab es viele sehenswerte Aktionen. In Ihren Gewichtsklassen imponierten besonders die Kaderringer, die beim Turnier in Benningen ganz vorn landeten. Es waren die beiden Luckenwalder Ilja Matuhin und Sebastian Nehls im Freistil und der Magdeburger Karan Mosebach, der die Sportschule in Frankfurt besucht, im klassischen Stil.

Obwohl in vier verschiedenen Kategorien gekämpft wurde, ging das Turnier ohne Komplikationen über die Matte. Hierfür trug Michael Stärk vom LSC als Turnierleiter die Verantwortung. Die Siegerehrungen wurden durchgeführt von Frau Uschi Sinz vom Stadtsporthund, von Dieter Heuer, der Luckenwalder Ringerlegende, von Danny Eichelbaum, Präsident des RVB und vom Präsidenten des LSC Christian Buddeweg.

Quelle: Homepage des 1.Luckenwalder SC, 20.02.2014

150 Erbsensuppen für einen guten Zweck - 215-Euro-Spende geht an Kinderheim /Aktion Jüterboger Unternehmer und Politiker wird fortgesetzt

Jüterbog - Erbsensuppe erfüllt an sich schon einen guten Zweck: Sie macht satt. Allerdings kann sie noch mehr bewirken, sobald sie zu Aktionszwecken gekocht wird. Genau dies war die Idee des Jüterboger Unternehmers Udo Reich und des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Vor zwei Jahren füllten sie Reichs Gulaschkanone mit den Zutaten - hungrige Jüterboger und Luckenwalder löffelten sie aus und gaben im Gegenzug eine Spende.



Am Sonnabend wurde wieder einmal ausgeteilt, diesmal vor dem Baumarkt in Jüterbog. Das Geld kommt dem Kinderheim des Arbeitersamariterbundes in Jüterbog zugute. Es soll für eine gemeinsame Urlaubsfahrt im Sommer ausgegeben werden. Bereits am Freitag fanden sich Freiwillige bei der Firma Reich zusammen, um je zehn Kilogramm Kartoffeln und Mohrrüben, fünf Kilo Zwiebeln, sieben Kilo Kassler und fünf Kilo Kochwurst zu

schneideln. Zusammen mit zehn Kilo Erbsen, Eisbeinbrühe und Gewürzen köchelte die Suppe bereits am Sonnabendvormittag in der Gulaschkanone. Zwölf Stunden, so die Freizeitköche, bräuchte einer allein für die Zubereitung.

Stefan Zikul hatte sich an den Berg Zwiebeln gewagt, obwohl er zu Hause als Gourmet-Koch gilt, wie er sagte. Danny Eichelbaum und Bernd Henkel halfen, ebenso Heimbewohnerinnen wie die 16-jährigen Zwillinge Cindy und Mandy Christoph und die 20-jährige Friederike Golm, sie ist derzeit im Bundesfreiwilligendienst im Heim tätig. Sie hat sogar schon Erfahrung, denn bei der Freiwilligen Feuerwehr in Hohenseefeld, ihrem Heimatort, gab es auch hin und wieder so einen Suppentag, bei dem viele Helfer zur Vorbereitung gebraucht wurden.

Ein Null-acht-fünzehn-Eintopf wurde es diesmal nicht. Die Jüterboger waren mit Schüsseln und Töpfen herbeigeeilt, um sich mit einem deftigen Mittagessen zu versorgen. Wem es besonders gut schmeckte, der holte Nachschlag. Bereits nach einer halben Stunde hatte Danny Eichelbaum mehr als die Hälfte der 150 Portionen ausgeteilt. Und auch die Heimkinder, die sich über die Spenden der Jüterboger in Höhe von 215 Euro freuten, ließen sich ihren Erbseneintopf schmecken. "Wir warten nun darauf, dass der Jüterboger Bürgermeister sein Versprechen einlöst", sagte Udo Reich. Er erinnerte daran, dass zur Wiederherstellung der brüchigen und inzwischen beseitigten Etmüllerbrücke nach der Benefiz-Suppenaktion 1000 Euro zusammengekommen waren.

Die Initiative hatte darüber hinaus den Kampf der Luckenwalder Ringer um den Erhalt der Sportart Ringen als olympische Disziplin unterstützt. "Wir wollen mit kleinen Schritten noch weitere Projekte mit einem kleinen Beitrag ankurbeln", so Udo Reich. Die Aktion "Eine Erbsensuppe für einen guten Zweck - Von Jüterbögern für Jüterboger" wird fortgesetzt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.02.2014

Richtige Richtung - Eichelbaum lobt Pläne zum Kreishaushalt 2014

Haushaltsplan und Haushaltssicherungskonzept 2014 des Landkreises weisen nach jahrelangen Schuldenhaushalten und einer katastrophalen Haushaltspolitik "in die richtige Richtung". Diese Einschätzung trifft der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Danny Eichelbaum, nach einer Haushaltsklausurtagung seiner Partei in Ludwigsfelde. "Die Forderung der CDU, die Kreisumlage nicht zu erhöhen, die Ausgaben zu kürzen und ein überarbeitetes sowie belastbares Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, sind erfüllt", sagt er. "Wir freuen uns, dass sich im Haushaltssicherungskonzept viele CDU-Vorschläge wiederfinden, die in den letzten Jahren noch von der Kreistagsmehrheit abgelehnt wurden", so Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.02.2014

CDU-Empfang in Petkus -

Partei blickt optimistisch auf den kommenden Wahlkampf

Petkus - Die CDU Teltow-Fläming hat am Sonnabend zum Neujahrsempfang nach Petkus geladen. Viele Gespräche in lockerer Runde kennzeichneten das Geschehen im Skatehotel. "Wir haben uns ganz bewusst für diesen Veranstaltungsort im Süden des Landkreises entschieden", erklärte Kreisvorsitzender Danny Eichelbaum, "denn das einstige Gutshaus und das heutige Skatehotel verbinden auf ganz besondere Weise Geschichte und Gegenwart unserer Region." Auch deshalb war der Betreiber des Petkuser Landwirtschaftsbetriebes und des Hotels, Ferdinand von Lochow, ein gefragter Gesprächspartner.



Gelegenheit zu zwanglosem Austausch hatten die mehr als 50 Teilnehmer auch mit allerhand Prominenz ihrer Partei. Am Sonnabend war unter anderem Rainer Genilke, Vize-Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, einer der Gäste. Aber auch Politiker anderer Parteien waren zu Gast. Zum Beispiel Teltow-Flämings Landrätin Kornelia Wehlan (Linke). Wehlan suchte das Gespräch mit Kommunalpolitikern. "Hier geht es mir vor allem um die weitere Förderung des Tourismus und speziell dabei um die Entwicklung des Marketings der Fläming-Skate", sagte sie. Die illustre Runde vervollständigten mit etwas Verspätung der CDU-Landesvorsitzende Michael Schierack und die junge CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke.

Der Erfolg bei der Bundestagswahl 2013 - die CDU kam auf überraschend hohe 34,8 Prozent im TF-Kreis - veranlasste Eichelbaum zu einem optimistischen Ausblick. "Bei den Kommunal- und Europawahlen sowie der Landtagswahl wollen wir an die Erfolge des Vorjahres anknüpfen", sagte er, "wir können und wir wollen Wahlen gewinnen." Der CDU gehe es um Bildung in "guten Kitas und Schulen", um optimale Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen, durch die neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, und mehr Polizeipräsenz im Kreis.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.01.2014

Laster raus aus Jüterbogs Zentrum?

Diskussion um ein Lkw-Fahrverbot in der Altstadt

Von Gertraud Behrendt und Martina Burghardt. Der Bauausschuss Jüterbog befasste sich mit der B 102. Dort wurde das Umleitungskonzept vorgestellt. Der erste Bauabschnitt umfasst den Abschnitt vom Heiliggeistplatz im Zentrum bis zur Nuthebrücke. Er ist in fünf Teilabschnitten untergliedert; der erste davon beginnt hinter dem Anschluss Planeberg und reicht bis zur Nuthebrücke. Er wird separat ausgeschrieben, weil es bis zum Heiliggeistplatz noch Unklarheiten gibt, informierte der Landesbetrieb Straßenwesen die Stadt. Baubeginn soll in diesem Frühjahr sein.

Dann müssen sich alle, die in Richtung Neumarkt wollen oder von dort in die Stadt, auf Umwege einstellen. "Alle müssen über die Umgehungsstraße der neuen B 101", sagte der Ausschussvorsitzende Eberhard Mertens (Bauernverband). Von dort geht es auf der Luckenwalder Straße ins Zentrum und über die Fuchsberge zur B 102 in Richtung Treuenbrietzen. Lkw müssen weiterhin die Bülowstraße nutzen, da sich an der Höhenbeschränkung der Eisenbahnunterführung nichts ändert.

Die Vorfahrt an der Kreuzung Zinnaer Vorstadt, Schillerstraße und Oberhag soll dann mit einer Ampel geregelt werden. Ernst Lekat vom Verkehrsbeirat bedauerte, dass die Vorschläge seines Gremiums nicht berücksichtigt wurden. Unter anderem sollte die Schillerstraße wegen der Schulen vom Verkehr entlastet werden. Um nochmals solche Themen zu bereden, sollen Vertreter des Straßenverkehrsamtes eingeladen werden. Auch Einzelheiten zum Lkw-Verkehr sollen noch geklärt werden, beispielsweise müsste die Müllabfuhr eine Ausnahmegenehmigung bekommen.

Die Zufahrt für die Anlieger, die in der Großen Straße wohnen und ihr Grundstück über den Weg Hinter der Mauer erreichen, ist jedenfalls gewährt. Dass der Schwerlastverkehr trotz der neuen B 101 nordöstlich von Jüterbog und der ausgebauten Bülowstraße zur B 102 durch die Jüterboger Innenstadt donnert, wurde lange Zeit beklagt. Viel erreicht haben Politiker und Stadtverwaltung damals nicht. Seit 2001 gilt zumindest eine Geschwindigkeitsbeschränkung für die Ortsdurchfahrt der B 102 in der Altstadt auf Tempo 30. Damit sollten Anwohner vor Lärm und Häusern vor Schäden geschützt werden. Fragt man die Betroffenen, hat das nicht viel gebracht.

Und geht es nach Danny Eichelbaum, wäre mit einer Umleitung der Lkws über die Bülowstraße schon viel erreicht. Der CDU-Kreistagsabgeordnete hat jetzt die anhaltenden Beschwerden der Anwohner aufgegriffen und fordert ein Lkw-Fahrverbot.

Weil davon aber auch der Versorgungs- und Liefer- sowie der öffentlichen Personennahverkehr betroffen wären und es noch etliche Ausnahmen davon geben müsste, hält man in der Straßenverkehrsbehörde nichts von einem Verbot. Lärmschutz allein würde dies sowieso nicht rechtfertigen. Außerdem sei auf der B-101-Ortsumfahrung kein landwirtschaftlicher Verkehr erlaubt. Eine Ausnahme wurde jedoch in Aussicht gestellt: die Vollsperrung der Pferdestraße und der Großen Straße während der bevorstehenden Bauarbeiten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.01.2014

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Versetzt - nachdem er gegen Minister ausgesagt hat - Brandenburgs Gefängnisleiter Wachter wechselt ins Justizministerium

Nach der Häftlings-Affäre um Ex-Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) wird der Leiter der Vollzugsanstalt Brandenburg/Havel versetzt. Hermann Wachter (57), seit zwölf Jahren Chef der Anstalt, wechselt nach Informationen aus zuverlässiger Quelle zum 1. April ins Justizministerium nach Potsdam. Dort wird er als Referatsleiter in der Abteilung Strafvollzug tätig sein. Das Ministerium wollte den Wechsel nicht bestätigen. "Wir geben keine Auskunft zu Personalangelegenheiten", sagte eine Ministeriumssprecherin. Wachter wollte sich ebenfalls nicht zu internen Vorgängen äußern.

Führende Linke-Politiker machen den Anstaltsleiter mitverantwortlich für den Rücktritt Schöneburgs im vergangenen Dezember. Der ehemalige Strafverteidiger hatte sein Amt als Justizminister niedergelegt, nachdem er wegen zwei Sexualstraftätern in der Anstalt Brandenburg/Havel unter Druck geraten war. Er sollte die Häftlinge, einst Mandanten von ihm, begünstigt haben. Schöneburg hatte persönlich die Verlegung von einem der Männer in das Gefängnis von Cottbus gestoppt. Vorher hatte der Gefangene den Minister mehrfach angerufen.

Die Anstaltsleitung hatte die Verlegung des Straftäters angeordnet, weil sie ihm unter anderem Erpressung von Mitgefangenen und Drogenhandel vorwarf. Nach dem Fund verdächtiger Gegenstände ließ sich der Häftling freiwillig verlegen. Die Staatsanwaltschaft Potsdam ermittelt wegen des Fundes. Gefängnischef Wachter hatte im Rechtsausschuss des Landtages ausgesagt, er habe Schöneburg schon vor Jahren auf die Problematik der Anrufe des Gefangenen beim Minister aufmerksam gemacht. "Der Häftling und sein Freund sind ja mit ihren guten Kontakten zum Minister in der Anstalt hausieren gegangen", berichtete Wachter am 19. Dezember.

Es war nicht das erste Mal, dass sich der Rechtsausschuss mit Aussagen von Wachter und Schöneburg befassen musste: Im August 2013 gab Schöneburg vor den Abgeordneten Pannen im Umgang mit dem Rechtsextremisten Horst Mahler zu. Der 78-Jährige hat in der Haftanstalt Brandenburg/Havel eine Hetzschrift verfasst und diese veröffentlichen können. Das Gefängnis hatte Mahler, einem der bekanntesten Rechts- extremisten und Holocaust-Leugner in Deutschland, die Nutzung eines privaten Computers gestattet. Gegen Anstaltsleiter Wachter läuft seit Sommer 2013 ein Disziplinarverfahren.

Die Leitung der Haftanstalt in Brandenburg/Havel, auf deren Gelände auch die Sicherungsverwahrung ist, soll nun der "Märkischen Allgemeinen" zufolge Petra Wellnitz übernehmen. Sie arbeitete zuletzt im Ministerium und leitete früher die Anstalt Neuruppin-Wulkow. Die CDU zeigte sich empört. "Wir verlangen in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses eine Erklärung von Justizminister (Helmuth) Markov. Wir wollen wissen, ob Wachter strafversetzt wurde", sagte der rechtspolitische Sprecher Danny Eichelbaum. Der Ausschuss trifft sich am Donnerstag.

Quelle: Berliner Morgenpost, 23.03.2014

Ideen für mehr Opferschutz

Mit dem "Tag der Kriminalitätsoffer" erinnert der Weiße Ring an diesem Sonnabend an die rechtliche und wirtschaftliche Situation der Opfer von Kriminalität und Gewalt. Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, fordert einen besseren Schutz sowie effektive und unbürokratische Hilfe für Opfer. Wichtig sei unter anderem die Einrichtung von Zeugenschutzräumen in allen Gerichten sowie der Ausbau von Traumaambulanzen.



Quelle: Märkische Oderzeitung, 22.03.2014

Zweifel an sozialpädagogischem Arrest - Gemeinsamer Vollzug von Berlin und Brandenburg erwünscht / Regelwerk unter der Lupe

Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov steuert auf einen gemeinsamen Jugendarrest mit dem Land Berlin zu. Dort ist man ebenfalls optimistisch – aber ob das neue Brandenburger Vollzugsgesetz das Maß aller Dinge wird, ist längst noch nicht klar.

Ein Warnschussarrest ist in Brandenburg seit Einführung im März 2013 erst zweimal verhängt worden.

Das Land Berlin sieht die Pläne zu einem gemeinsamen Jugendarrest mit Brandenburg auf einem guten Weg. "Wir sind zuversichtlich, dass es zu einer Zusammenarbeit kommen wird", sagte die Sprecherin von Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU), Lisa Jani, am Mittwoch auf Anfrage der RUNDSCHAU.

Am Dienstag hatte Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) den Entwurf für ein sozialpädagogisch ausgerichtetes Jugendarrestvollzugsgesetz vorgestellt und bekräftigt, dass das Land zugunsten einer engeren Zusammenarbeit mit Berlin vermutlich auf den ursprünglich geplanten Neubau einer Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen verzichten werde. Gespräche mit dem Land Berlin über eine gemeinsame Jugendarrestanstalt seien auf gutem Wege, erklärte Markov. Dem Gesetzentwurf muss noch der Landtag zustimmen.

"Wir haben in unserer bestehenden Arrestanstalt dauerhaft Plätze frei und können den Bedarf von Brandenburg locker mit abdecken", so Jani. "Da ist Berlin offen und an einer Zusammenarbeit interessiert." Allerdings ist nach Angaben der Berliner Justizsprecherin noch nicht klar, auf welcher Grundlage der Jugendarrest künftig vollzogen wird. Berlin berate gerade mit anderen Bundesländern über ein Jugendarrestvollzugsgesetz. Doch Brandenburg sei an dieser Arbeitsgruppe nicht beteiligt: Das Land habe sich ja für eine eigene Lösung entschieden.

Der Potsdamer Gesetzentwurf sieht vor, dass den Jugendlichen innerhalb von maximal vier Wochen Arrestdauer vor allem Gesprächs- und Hilfsangebote gemacht werden, um zu verhindern, dass sie danach rückfällig werden. "Die Regelungen aus unserem Nachbarland gucken wir uns natürlich an, aber für uns ist da noch nichts entschieden", so die Berliner

Sprecherin. Markov hatte erklärt, dass er es für wünschenswert hielte, wenn sich Berlin bei seinem Gesetz an den Brandenburger Regelungen orientiere.

Unterdessen wurde am Mittwoch bekannt, dass der Warnschussarrest in Brandenburg seit seiner Einführung im März vergangenen Jahres erst zweimal verhängt worden ist. Grund sei auch, dass Brandenburg dieser Maßnahme von Anfang an kritisch gegenübergestanden habe, so eine Sprecherin des Justizministeriums.

Mit diesem Mittel zur Abschreckung hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung das Jugendstrafrecht verschärft. Straftäter können damit zusätzlich zu einer Bewährungsstrafe bis zu vier Wochen eingesperrt werden. Der Vorsitzende des Richterbundes, Matthias Deller, verwies auch darauf, dass der "Warnschussarrest" nur bei Taten angewandt werden dürfe, die nach März 2013 begangen wurden. "Da Verfahren in der Regel neun Monate bis zum Urteil brauchen, konnte der Warnschussarrest noch nicht oft ausgesprochen werden." Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Danny Eichelbaum, warf der Regierung deswegen erneut "Sozialromantik" vor. "Die Opfer bleiben bei den linken Justizministern auf der Strecke, es geht nur noch um die Täter", kritisierte Eichelbaum. Sinn des Arrests sei, dem Täter die Folge seiner Taten vor Augen zu führen und Wege aus der Kriminalität zu zeigen. "Der brandenburgische Gesetzentwurf konzentriert sich nur noch auf den zweiten Teil", monierte Eichelbaum. Arrest sei ein wichtiges Mittel, etwa jugendlichen Schlägern ihre Grenzen aufzuzeigen. "Eine reine Bewährungsstrafe empfinden sie als Freispruch zweiter Klasse."

Queller: Lausitzer Rundschau, 20.03.2014

Ein Warnschuss für die leichteren Jungs -

Brandenburgs Plan eines lockeren Jugendarrests stößt auf Kritik

Potsdam - Sie haben geklaut, Mitschüler bedroht, geprügelt oder randaliert. Für den Knast ist ihr Vergehen zu gering, für eine bloße Verwarnung zu wenig. Im Jugendarrest sollen Brandenburger Problemjugendliche geläutert werden. Mit sanfter Hand und vielen Gesprächen. "Wir wollen die Jugendlichen bei ihrem Ehrgefühl packen", erklärt Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) den gestern vom rot-roten Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf zum Jugendarrest. Doch Kritiker wie der bekannte Jugendrichter Andreas Müller bezweifeln, dass der weiche Weg junge Täter von der schiefen Bahn wegführt. Denn eine Strafe im juristischen Sinne ist der Jugendarrest nicht. "Die Jugendlichen haben viele Freiheiten", erklärt Markov. Anders als im Gefängnis dürfen sie ihre eigene Kleidung tragen, Kontakte nach außen halten, standardmäßig Einzelzimmer bewohnen. Restriktionen wie Bücherentzug oder Besuchsverbote soll es nicht geben, dafür Sportangebote und regelmäßige Gesprächsrunden mit Therapeuten. Obwohl viele der Jugendlichen auch Schulverweigerer sind, ist im Arrest kein Unterricht vorgesehen.

Ein vom Staat auferlegter Hausarrest ohne Hausaufgabenpflicht, so könnte man die Maßnahme beschreiben. Richter können das "Zuchtmittel" für 14- bis 18-jährige für maximal vier Wochen anordnen. Ziel: Das Unrechtsbewusstsein schärfen, zusammen mit anderen Jugendhilfeeinrichtungen Perspektiven nach dem Arrest aufzeigen und so die Rückfallquote senken. Bundesweit liegt sie derzeit bei 60 bis 70 Prozent. Im Vorjahr kamen insgesamt 290 Jugendliche in den einzigen Brandenburger Jugendarrest in Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald). Im Schnitt war die Anstalt mit zehn Insassen gleichzeitig belegt. Rund 30 Prozent haben Diebstähle begangen, rund 13 Prozent einfache Körperverletzungsdelikte. 30 Prozent saßen wegen der Nichterfüllung gerichtlicher Weisungen oder Auflagen. Während die Grünen und die FDP den Brandenburger Resozialisierungsansatz zumindest dem Grundgedanken nach

begrüßen, hält die Union an ihrer Kritik fest. "Das ist ein ideologischer Kuschelarrest", sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum.

Um potenzielle Opfer zu schützen, müssten die Jugendlichen die Strafe auch spüren. "Jugendliche Straftäter lassen sich nicht durch Dialogforen und Kletterkurse von weiteren Straftaten abschrecken." Auch der Bernauer Jugendrichter Andreas Müller hält wenig von "Sozialromantik". "Wenn Jugendliche mir sagen, das Essen im Arrest war gut und sonst war es langweilig und gar nicht so schlimm, dann kann das auch dazu führen, dass der Rückfall größer wird", sagte er in einem MAZ-Interview. Müller hatte sich gemeinsam mit der 2010 gestorbenen Neuköllner Jugendrichterin Kirsten Heisig für schnelle und härtere Sanktionen gegen junge Täter eingesetzt.

"Derzeit vergehen mindestens drei Monate nach der Tat, ehe der Arrest überhaupt vollzogen wird", kritisiert auch die rechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Linda Teuteberg. Für Minister Markov liegt der Ball zunächst bei den Richtern. "Sie entscheiden über das Strafmaß, über Arrest oder Haft." Eine Gesetzeslücke mache es den Richtern aber schwer, beklagt Jurist Müller: Der härtere Jugendstrafvollzug im Gefängnis kann nur mit einer Mindeststrafe von sechs Monaten verhängt werden. Der Arrest wieder endet spätestens nach einem Monat. Zur Abschreckung würde er Jugendliche gerne kürzer in den Knast oder länger in den Arrest schicken.

In einem Punkt beugt sich Markov aber der Kritik. Brandenburg wird nun endgültig keinen eigenen neuen Jugendarrest bauen, sondern die Jugendlichen künftig in Berlin unterbringen. "Die Gespräche stehen kurz vor dem Abschluss", so Markov. Ursprünglich sollte nach Plan seines Vorgänger Volkmar Schöneburg (Linke) kommenden Monat in Königs Wusterhausen der Bau einer neuen Anstalt mit 25 Plätzen beginnen. Derzeit sind die Jugendlichen dort in Containern untergebracht. Geschätzte Kosten für einen Neubau: 5,2 Millionen Euro. Die gesparten Baukosten müssten nun in die Arbeit im Arrest investiert werden, fordert die Opposition. Um mit den Jugendlichen präventiv arbeiten zu können, brauche man genug Fachpersonal. Der Landtag muss dem neuen Arrestgesetz noch zustimmen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.03.2014



Politischer Aschermittwoch der CDU Brandenburg in Doberlug-Kirchhain am 05.03.2014



Brandenburg und Mecklenburg tauschen Sicherungsverwahrte aus

Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern tauschen künftig ihre Sicherungsverwahrten je nach Straftat aus. Gewalttäter beider Bundesländer sollen künftig in Bützow (Landkreis Rostock) untergebracht werden, die Sexualtäter in Brandenburg/Havel. Dies teilten die Justizministerien beider Länder am Donnerstag mit. Der Austausch soll sicherstellen, dass die Straftäter jeweils die Therapien erhalten, die so individuell wie möglich auf ihre Defizite zugeschnitten sind.

Diese Regelung gilt seit verganginem Jahr. Hintergrund war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Weil die Sicherungsverwahrung - anders als die Haft - keine Strafe für ein Verbrechen ist, müssen die Bedingungen und die Möglichkeiten der Therapie deutlich besser sein als in der Haft.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde bereits im Juni ein neues Gebäude auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Bützow in Betrieb genommen. Dort gibt es 20 Plätze für Sicherungsverwahrte. Brandenburg ist noch nicht ganz so weit: Für etwa 10,4 Millionen Euro soll bis Oktober auf dem Gelände des Gefängnisses in Brandenburg/Havel ein Neubau mit 18 Wohneinheiten entstehen. Für die acht Männer, die sich derzeit in Brandenburg in Sicherungsverwahrung befinden, wurde in der Haftanstalt eine Übergangsregelung gefunden.

Beide Länder schlossen über den Austausch und die Spezialisierung der Einrichtungen einen Staatsvertrag. Brandenburg hatte zunächst unter dem früheren Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) eine Kooperation mit Berlin angestrebt. Daraus wurde jedoch nichts. Als Alternative stand ein Nord-Verbund mit Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Raum. Auch diese Gespräche verliefen letztlich erfolglos.

Die nun vereinbarte Kooperation mit Mecklenburg-Vorpommern wurde in Brandenburg von den oppositionellen Parteien begrüßt. «Nur durch Spezialisierung kann das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Niveau der Sicherungsverwahrung auch praktisch umgesetzt werden», sagte die rechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Landtag, Linda Teuteberg. «Die Landesregierung kommt damit einer langjährigen Forderung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg nach», teilte ihr CDU-Kollege Danny Eichelbaum mit. Die Zusammenarbeit schaffe Synergieeffekte und spare Steuermittel.

Auch bei Abschiebehäftlingen gibt es zwischen den beiden Ländern eine Zusammenarbeit. So werden künftig alle Betroffenen aus Mecklenburg-Vorpommern in der Abschiebehaft in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) untergebracht, wie Innenminister Lorenz Caffier (CDU) im Landtag sagte. Das sei kurzfristig so vereinbart worden. Für Frauen unter den Abschiebehäftlingen aus dem Nordosten gelte diese Praxis schon seit Jahren.

Quelle: Berliner Morgenpost, 14.03.2014

Die erste Besuchergruppe der CDU Teltow-Fläming im neuen Landtag am 23.01.2014



MAZ-Gespräch mit RVB-Präsident Danny Eichelbaum: „Wir sind noch nicht am Ziel“

Seit gut einem Jahr ist der Jüterboger Danny Eichelbaum Präsident des Ringerverbandes Brandenburg (RVB). Eine Bilanz.

Luckenwalde. MAZ: Die Randsportart Ringen stand vor gut einem Jahr im Fokus. Es drohte das Aus bei den Olympischen Spielen. Das wurde abgewendet. Nun ist es ums Ringen ruhiger geworden, oder täuscht der Eindruck?

Danny Eichelbaum: Der Eindruck täuscht tatsächlich. In die Traditionssportart Ringen ist viel Bewegung gekommen. Alle haben den Warnschuss des IOC verstanden. Der vorübergehende Rauswurf aus dem olympischen Programm und der gemeinsame Kampf ums Überleben des Ringens als olympischer Kernsportart hat uns weltweit zusammengeschweißt. In den Gremien der Ringerverbände wurde hart gearbeitet und Reformen herbeigeführt. Allein die Regeländerungen haben ihre Wirkung bei den vergangenen nationalen und internationalen Meisterschaften nicht verfehlt. Heute ist Ringen so attraktiv, wie nie zuvor. Aber, wir sind noch nicht am Ziel, wir müssen unsere Sportart noch interessanter machen und auch teilweise verkrustete Strukturen aufbrechen.



In der Bundesliga der Ringer geben Vereine mit Geld den Takt vor. Ausländische Spitzensportler entscheiden die wichtigen Kämpfe. Deutsche Nachwuchsringer spielen nur die zweite Geige. Reichen die Bemühungen seitens des Verbandes aus, um dieser Entwicklung effektiv entgegenzuwirken?

Eichelbaum: Der Druck auf die Bundesligavereine nimmt zu. Die Ringerbundesliga steht im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens vor großen Herausforderungen. Vereine der 2. Bundesliga verzichten auf den Aufstieg in die 1. Bundesliga, so dass in dieser Saison nur noch 14 Vereine in der 1. Bundesliga verbleiben. Das liegt vor allem auch daran, dass der Bundesligabetrieb und die finanziellen Zuwendungen an die Sportler immer teurer geworden sind. Der 1. Luckenwalder SC hat hier den richtigen Weg eingeschlagen. Das Publikum möchte vor allem den einheimischen Nachwuchs auf der Matte sehen. Wir müssen leider jedoch zur Kenntnis nehmen, dass unter den Bundesligavereinen ein Preiskampf ausgebrochen ist. Heute kann es für einen Bundesligaverein preiswerter sein, einen ausländischen Ringer für die Saison zu verpflichten, als einen deutschen Ringer. Die Ringertalente kennen ihren Marktwert und wechseln deshalb oft den Bundesligaverein. Hier sind die Vereine und Trainer gefragt. Ich bin froh, dass die DRB-Bundesligatagung am Wochenende in Darmstadt den Antrag des Erstligisten TuS Adelhausen abgelehnt hat, die Mindestanzahl deutscher Ringer pro Mannschaftsaufstellung von fünf auf vier zu reduzieren. Es bleibt somit dabei, dass jede Mannschaft mindestens fünf deutsche Ringer aufstellen muss! Um unseren Nachwuchs besser zu fördern, benötigen wir eine weitere Erhöhung der Mindestanzahl von deutschen Ringern bei der Mannschaftsaufstellung.

In Brandenburg sind in Luckenwalde, Frankfurt und Potsdam Spitzenringer zu Hause. Muss nicht auch die Breite vergrößert werden, um mehr Talente für die Spitze zu haben?

Eichelbaum: Wir haben in Brandenburg viele Talente im Kinder-, Jugend- und Kadettenbereich. Das hat man bei den mitteldeutschen Meisterschaften, den Brandenburg Cups, dem RSV Pokalturnier in Neuseddin und dem Raab-Karcher Cup in Potsdam gesehen. Viele dieser Talente kommen gerade von den kleineren Ringervereinen, die dann ihre Nachwuchskader nach Luckenwalde oder Frankfurt delegieren. Den Vereinsvorständen und Trainern bin ich für ihr ehrenamtliches Engagement sehr dankbar, denn ohne ihre Arbeit wären wir im Ringkampfsport in Brandenburg nicht so erfolgreich. Seit dem letzten Jahr führt das Präsidium des RVB auch seine Sitzungen vor Ort bei den Vereinen durch, um zu erfahren, wo ihnen der Schuh drückt und wie wir behilflich sein können. Hilfreich wäre auch eine weitere Regionalligamannschaft in Brandenburg, um junge Talente auf die Bundesliga vorzubereiten.

Sie sind jetzt seit gut einem Jahr Präsident des Ringerverbandes Brandenburg. Haben sich Ihre Erwartungen an das Amt erfüllt? Was muss Ihrer Meinung nach getan werden, um die Sportart Ringen in der Öffentlichkeit weiter bekannt zu machen?

Eichelbaum: Das Amt übe ich sehr gern aus. Dankbar bin ich für die Zustimmung und Unterstützung der Präsidiumsmitglieder, der Vereinsvorstände, Trainer, Kampfrichter und Sportler. In den letzten zwölf Monaten habe ich eine Menge sportlicher Kontakte geknüpft. Angetreten bin ich für einen Neuanfang, für mehr Kommunikation und Transparenz. Diesen Weg werden wir als Ringerverband Brandenburg weitergehen. Dies schließt auch eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit mit ein. Dazu gehören Präsentationen des Ringens bei Schul- oder Dorffesten, um unsere Sportart bekannter zu machen. Aus Bundesligakämpfen müssen Ringerevents mit tollen und attraktiven Rahmenbedingungen werden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 06.03.2014

Die CDU lehnt einen ideologischen Kuschelarrest für jugendliche Straftäter in Brandenburg ab

Der Jugendarrest ist die Reaktion auf jugendliches Fehlverhalten in Form des Freiheitsentzuges. Es ist ein Zuchtmittel, wenn Verwarnungen und Auflagen allein nicht mehr ausreichen, und es ist die letzte gelbe Karte vor der Jugendstrafe. Der Bundesgesetzgeber hat mit der Einführung des § 16 a Jugendgerichtsgesetzes die Bedeutung des Arrestes verstärkt. Der Jugendarrest muss daher jugendliche Straftäter davor abschrecken, weitere Straftaten zu begehen und andererseits den Arrestanten einen Weg aus der Kriminalität aufzeigen und praktische Lebenshilfen anbieten. Beide Aspekte müssen in der Umsetzung des Jugendarrestes in Brandenburg gleichwertig berücksichtigt werden. Wichtig wird weiterhin bleiben, dass der Vollzug von Arrest in einem engen zeitlichen Zusammenhang zur Tat und zur Verurteilung erfolgt.

Gleichzeitig muss der Opferschutzgedanke im Brandenburger Jugendarrest gestärkt werden. Hierzu sollte den Jugendlichen Opferempathie-Training angeboten werden. Ob Brandenburg ein eigenes Jugendarrestvollzugsgesetz benötigt oder, wie die Mehrzahl der anderen Bundesländer, weiterhin die Regelungen der Jugendarrestvollzugsordnung, die sich bewährt haben, umsetzt, wird zu prüfen sein. Die CDU-Landtagsfraktion lehnt jedoch einen ideologischen Kuschelarrest für Jugendliche ab. Jugendliche Straftäter lassen sich nicht durch Dialogforen und Kletterkurse von der Begehung weiterer Straftaten abschrecken.

Wir lehnen auch ein Jugendarrestvollzugsgesetz in Brandenburg ab, wenn die darin vorgesehenen umfangreichen sozialpädagogischen Maßnahmen nicht von der rot-roten Landesregierung personell untersetzt werden können.

Die Länder Berlin und Brandenburg sollten vielmehr gemeinsame Lösungen im Jugendarrestvollzug suchen. Eine Vollzugsgemeinschaft im Jugendarrest ist sinnvoll und spart Steuermittel in Millionenhöhe.

Es ist nicht nachvollziehbar, wenn auf der einen Seite die rot-rote Brandenburger Landesregierung immer mehr Personal im Strafvollzug abbaut, aber auf der anderen Seite für durchschnittlich 10-20 Arrestanten im Jahr eine eigene Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen für mehr als 5 Mio. Euro baut, obwohl in Berlin freie Kapazitäten im Jugendarrest bestehen. Diese Verschwendung von Steuermitteln muss umgehend gestoppt werden!

Quelle: Beitrag in der Zeitschrift: Der Vollzugsdienst, 1/2014 (25.02.2014)

Überlastung Sozialgerichte in Brandenburg –

Danny Eichelbaum: Minister Markov verkennt die dramatische Lage an den Sozialgerichten

Die Sozialgerichte in Brandenburg haben seit langem ihre Belastungsgrenze überschritten. Die Folgen sind Langzeitprozesse und extreme Belastungen für Richter und Mitarbeiter. Erst vor kurzem wurde einem Brandenburger eine Entschädigung für ein acht Jahre langes Verfahren beim Sozialgericht Cottbus zugesprochen. Gestern äußerte sich der neue Justizminister Markov beim rbb.

Dazu sagt Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion:

„Minister Markov verkennt die dramatische Lage an den brandenburgischen Sozialgerichten. Die Probleme sind seit Jahren bekannt. Zwei zusätzliche Richter sind ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Flickschusterei muss endlich ein Ende haben. Wir fordern den Justizminister auf, eine tragbare und verantwortungsvolle Personalkonzeption vorzulegen. Der Personalabbau in der Justiz führte auch zu den langen Gerichtsverfahren. Die Lösungsvorschläge der CDU liegen auf dem Tisch. Die Richterinnen und Richter müssen entlastet werden. Wir benötigen mehr Schreibkräfte und Rechtspfleger. Außerdem sollten die Sozial- und Verwaltungsgerichte organisatorisch zusammengelegt werden, um Synergieeffekte zu erzielen. Die Kritik von Minister Markov an unverständlichen Hartz-VI-Bescheiden geht direkt an seinen Kabinettskollegen Baaske. In seinem Sozialministerium arbeitet ohne sichtbaren Erfolg seit eineinhalb Jahren eine Arbeitsgruppe, die den Jobcentern und Optionskommunen Handlungsempfehlungen für die Erstellung von rechtssicheren Hartz-VI-Bescheiden an die Hand geben sollte. Hier müssen schnellstmöglich Ergebnisse auf den Tisch.“

Quelle: Pressemitteilung, 07.02.2014

Impressionen aus den ersten Monaten des neuen Landtages in Potsdam



Erste Sitzung der CDU-Landtagsfraktion im neuen Landtag am 07.01.2014

Tag der offenen Tür im neuen Landtag am 18.01.2014



Feierstunde anlässlich der Eröffnung des Landtages mit Georg Friedrich Prinz von Preußen am 21.01.2014

Feierstunde anlässlich der Eröffnung des Landtages mit Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU) am 21.01.2014



Impressionen zum Start des Jahres



Fastnachten in Höfgen und Körbitz am
04.01.2014

Neujahrsempfang der Stadt Trebbin am
16.01.2014



Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-
Fläming in Luckenwalde am 17.01.2014

Besuch der Internationalen Grünen Woche in
Berlin am 19.01.2014



Ausgewählte Termine in den nächsten Wochen

- 01.04.2014
- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
- 02.04.2014
- Plenum des Landtages (ganztägig)
- 03.04.2014
- 11 Uhr Festakt in Leipzig: 20 Jahre Verfassungsgerichte in den neuen Ländern
- 04.04.2014
- KAS Seminar: Quo vadis Eeuropa in Kloster Zinna
- 05.04.2014
- 9 Uhr Eröffnung des Internationalen Brandenburg Cups der Junioren im Ringen in Frankfurt/O.
- 07.04.2014
- 19 Uhr CDU-Mitgliederversammlung in Ludwigsfelde
- 08.04.2014
- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
- 09.04.2014
- 9.30 Uhr Sitzung des Richterwahlausschusses in Potsdam
- 11.04.2014
- 18 Uhr Sitzung des CDU Landesvorstandes in Potsdam
- 12.04.2014
- 10 Uhr Brandenburg Cup im Ringen/Freistil in Luckenwalde
- 14.04.2014
- 12 Uhr Besichtigung des ehemaligen Stasigefängnisses Berlin-Hohenschönhausen
- 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes Teltow-Fläming in Großbeeren
- 15.04.2014
- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
- 24.04.2014
- 18.30 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion Teltow Fläming
- 25.04.2014
- Gemeinsame Kreisbereisung mit der CDU Bundestagsabgeordneten Jana Schimke
- 28.04.2014
- 17 Uhr Sitzung des Kreistages in Luckenwalde
- 29.04.2014
- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
- 30.04.2014
- Besuchergruppe im Landtag

Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de